



Schleswig-Holsteinischer Landkreistag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

Sozialausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Katja Rathje-Hoffmann, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
per E-Mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Ansprechpartner
Knut Riemann
Durchwahl
0431.57005014
Aktenzeichen
500.00

Kiel, den 25.02.2025

Menschenrecht auf Gesundheit für alle umsetzen - Menschen ohne Papiere gesundheitlich versorgen! – Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 20/1482)
Zentrale medizinische Clearingstellen in Schleswig-Holstein schaffen – Bericht der Landesregierung (Drs. 20/2549)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4509

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit, uns zu den in Rede stehenden Landtagsdrucksachen äußern zu können, danken wir Ihnen.

Medizinische Clearingstellen zur Beratung von hilfeschenden Menschen ohne Papiere sind grundsätzlich sinnvoll, um einen Zugang zur Regelversorgung zu ermöglichen. Allerdings müssen diese in Absprache mit dem Bund auskömmlich finanziert werden, auch um eine langfristige Planungssicherheit sicherstellen zu können. Fraglich bleibt, ob der Öffentliche Gesundheitsdienst hierfür die richtige Ebene ist. Unabhängig davon können Kreise und kreisfreie Städte auch angesichts der derzeitigen Finanzkrise keine zusätzlichen Aufgaben ohne einen finanziellen Ausgleich übernehmen. Eine Fortführung und nachhaltige Sicherung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wäre zunächst ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Da Menschen mit unklarem Aufenthalts- oder Versicherungsstatus häufig das direkte Aufsuchen von Behörden vermeiden, wäre eine unabhängige medizinische Clearingstelle vermutlich niedrighschwelliger als eine Einbindung in die Verwaltung. Ein Netzwerk mit gutem Kontakt der unabhängigen Clearingstellen zu Einrichtungen medizinischer Versorgung sowie zu Krankenkassen und Ausländerbehörden könnte bei der Beratung der hilfeschenden Menschen unterstützen. So kann Hilfe zur Realisierung der Kostenübernahme und zur Klärung des Aufenthaltsstatus als wichtigstes Anliegen für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere von den Clearingstellen in Kooperation mit der Verwaltung geleistet werden. In jedem Fall wäre die von der Landesregierung erwogene Erprobungsphase zielführend. Dabei wäre eine Kooperation mit schon bestehenden Strukturen und Standorten zur Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherung sicher förderlich, um Synergien zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. Sönke E. Schulz
Gf. Vorstandsmitglied
SHLKT • Schleswig-Holsteinischer Landkreistag